

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1995

Ausgegeben am 15. Dezember 1995

274. Stück

|                   |                                                                                                                                                             |
|-------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 814. Verordnung:  | Akkreditierung der Det Norske Veritas Certification Austria GmbH                                                                                            |
| 815. Verordnung:  | Änderung der Arbeitsruhegesetz-Verordnung                                                                                                                   |
| 816. Verordnung:  | Änderung der Ausfuhrförderungsverordnung 1981                                                                                                               |
| 817. Verordnung:  | Festsetzung der Umrechnung der im VAG in ECU ausgedrückten Geldbeträge in Schilling für das Jahr 1996                                                       |
| 818. Verordnung:  | Änderung der Verordnung betreffend die Übertragung der durch Sicherheitsorgane zu versiehenden Grenzkontrolle auf Zollorgane                                |
| 819. Kundmachung: | Aufhebung diverser Bestimmungen von Verordnungen über den Importausgleich für bestimmte Erzeugnisse der Geflügelwirtschaft durch den Verfassungsgerichtshof |

### 814. Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Akkreditierung der Det Norske Veritas Certification Austria GmbH

Auf Grund des § 17 Abs. 1 des Akkreditierungsgesetzes, BGBl. Nr. 468/1992, wird verordnet:

§ 1. Die Det Norske Veritas Certification Austria GmbH mit Sitz in 2500 Baden bei Wien, Wiener Straße 89, wird als Stelle, die Qualitätssicherungssysteme (Qualitätsmanagementsysteme) zertifiziert, akkreditiert.

§ 2. Die Zertifizierungsbefugnis umfaßt die Zertifizierung von Qualitätssicherungssystemen (Qualitätsmanagementsystemen), die im Verfahren zur Herstellung von Produkten oder bei der Erbringung von Leistungen angewendet werden.

§ 3. (1) Die Zertifizierungsbefugnis gilt für jene Bereiche, in denen der Bund für die Gesetzgebung und Vollziehung zuständig ist, sofern die diese Bereiche regelnden Bundesgesetze keine den Bestimmungen des Akkreditierungsgesetzes entsprechenden Regelungen über die Akkreditierung solcher Stellen enthalten.

(2) Die Zertifizierungsbefugnis umfaßt nicht die Zertifizierung von Qualitätssicherungssystemen (Qualitätsmanagementsystemen) für Produkte, die ausschließlich einer landesrechtlichen Regelung unterliegen.

Ditz

### 815. Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales, mit der die Arbeitsruhegesetz-Verordnung geändert wird

Auf Grund des § 12 Abs. 1 des Arbeitsruhegesetzes, BGBl. Nr. 144/1983, wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten die Anlage zur Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung betreffend Ausnahme von der Wochenend- und Feiertagsruhe, BGBl. Nr. 149/1984, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 737/1995, wie folgt geändert:

Dem Abschnitt III wird folgende Z 20 angefügt:

„20. Herstellung von Aluminium-Getränkedosen

Stanzen und Ziehen des Aluminium-Bandmaterials, Reinigung und Behandlung der Blankdose, Vorlackieren und Drucken einschließlich der Trocknung, Innenlackieren, Necken und Bördeln, Testen sowie Palettieren.“

Hums

**816. Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Ausfuhrförderungsverordnung 1981 geändert wird**

Gemäß § 4 Abs. 1 des Ausfuhrförderungsgesetzes 1981, BGBl. Nr. 215/1981, in der geltenden Fassung wird mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates verordnet:

Die Ausfuhrförderungsverordnung 1981, BGBl. Nr. 257/1981, in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 203/1988, 349/1991 und 130/1994 wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 Z 3 lit. b lautet:

„b) Kreditoperationen (Anleihen, Verpflichtungen aus Wechseln und Schuldverschreibungen oder sonstigen Verpflichtungen), deren Erlös zur Bezahlung von Rechtsgeschäften verwendet wird;“

2. § 4 Abs. 3 lautet:

„(3) Wird ein Selbstbehalt festgesetzt, hat dieser mindestens 5%, höchstens 50% von dem in der Garantieberklärung festgesetzten Höchstbetrag zu betragen.“

3. § 5 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Die bisherige Z 1 wird aufgehoben.
- b) Die bisherige Z 2 wird zu Z 1.
- c) Die bisherige Z 3 wird zu Z 2.
- d) Die bisherige Z 4 wird zu Z 3.
- e) Die bisherige Z 5 wird zu Z 4.
- f) Die bisherige Z 6 wird zu Z 5.
- g) Die bisherige Z 7 wird zu Z 6.
- h) Die bisherige Z 8 wird zu Z 7.
- i) Die bisherige Z 9 wird zu Z 8.

4. § 6 Abs. 3 Z 3 lautet:

„3. behördliche Maßnahmen, durch welche länger als drei Monate der Transfer oder die freie Verfügung über die dem Garantiennehmer zustehende Gegenleistung beschränkt oder gehindert wird; dem gleichzuhalten ist ein länger als drei Monate anhaltender Zahlungsverzug, sofern der Zahlungsverpflichtete oder dessen Garant die Staatsgewalt verkörpert und weder auf gerichtlichem noch auf administrativem Wege in Konkurs gehen kann.

Bei Garantien gemäß § 2 Abs. 1 Z 3 lit. b und c und Z 9 lit. b liegt dieser Tatbestand bereits vor, wenn am Fälligkeitstag keine Zahlung geleistet wird;“

5. § 14 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 lautet:

„(1) Für die Bearbeitung von Anträgen ist ein Bearbeitungsentgelt, das auch bei Ablehnung eines Antrages zu entrichten ist, vorzusehen. Für die Übernahme einer Haftung gemäß § 1 Abs. 1 ist ein Entgelt zu vereinbaren. Für den Teil einer Garantie, für welchen eine unwiderrufliche Rückgarantie einer ausländischen Exportkredit- oder Exportkreditversicherungsinstitution vorliegt, ist kein Entgelt für den Bund vorzusehen.“

b) Abs. 3 lautet:

„(3) Für Garantien ist ein angemessenes, von Art und Umfang des gedeckten Risikos abhängiges Entgelt vorzusehen.“

c) Abs. 4 lautet:

„(4) Der Berechnung des Garantieentgeltes ist bei Garantien gemäß § 2 Abs. 1 Z 1, 2, 3 lit. a und b, 4, 7, 8, 9 lit. a und 10 der gedeckte Grundbetrag der Haftung (Höchstbetrag abzüglich Selbstbehalt) zugrunde zu legen, wobei Zinsen mitzuberechnen sind.“

d) Abs. 5 lautet:

„(5) Der Berechnung des Garantieentgeltes ist:

- a) bei Garantien gemäß § 2 Abs. 1 Z 5 und 6 der gedeckte Forderungssaldo zugrunde zu legen; wird dieser nicht rechtzeitig bekanntgegeben, ist der Höchstbetrag der Garantie abzüglich Selbstbehalt zugrunde zu legen.

Werden Zinsen und/oder das Produktionsrisiko mitgedeckt, ist das Garantieentgelt um einen angemessenen Aufschlag zu erhöhen;

- b) bei Garantien gemäß § 2 Abs. 1 Z 3 lit. c und Z 9 lit. b der gedeckte Ausnützungsstand zuzüglich Zinsen zugrunde zu legen.

Werden bei Anerkennung eines Haftungsfalles auch noch nicht fällige Forderungen einbezogen, ist das bis zum Ende des Quartals der letzten Fälligkeit zu berechnende Garantieentgelt für die Forderungen umgehend nach Erhalt der Vorschreibung zur Zahlung fällig.“

- e) Abs. 6 lautet:

„(6) Sofern nichts anderes bestimmt wird, ist das Garantieentgelt für die in Abs. 4 genannten Garantien mit Annahme der Garantie in einem zur Zahlung fällig.

Das Garantieentgelt für die in Abs. 5 genannten Garantien ist quartalsweise im nachhinein vorzuschreiben und zur Zahlung fällig.“

- f) Abs. 7 lautet:

„(7) Wurde der Berechnung des Garantieentgeltes der Grundbetrag der Haftung zugrunde gelegt und stimmt der Bund einer Änderung des Inhalts oder des Umfangs einer Garantie zu, ist eine Neuberechnung des Entgeltes vorzusehen; resultiert daraus eine Entgeltnachforderung, ist der Differenzbetrag mit Vorschreibung zur Zahlung fällig; resultiert daraus ein Guthaben für den Garantiennehmer, kann eine Rückerstattung des sich ergebenden Guthabens abzüglich einer Aufwandspauschale vorgesehen werden.“

- g) Der bisherige Abs. 9 wird zu Abs. 8.

- h) Abs. 9 lautet:

„(9) Wird bei Abwicklung eines bestimmten Rechtsgeschäftes ein garanti gedecktes Risiko durch Überleitung in einer anderen Garantie gedeckt, ist das bereits entrichtete Entgelt über Antrag vom Tage der Überleitung an anzurechnen oder rückzuvergüten.“

- i) Abs. 10 lautet:

„(10) Kann der Garantie- oder Wechselbürgschaftsnehmer eine bei Haftungsübernahme gesetzte Bedingung des Bundes nicht erfüllen, ist das bereits entrichtete Garantie- oder Wechselbürgschaftsentgelt über Antrag, bei Garantien abzüglich einer Aufwandspauschale, rückzuvergüten.“

6. § 17 lautet:

„§ 17. Diese Änderungen der Verordnung treten mit Ausnahme der in den Paragraphen 5 und 14 vorgesehenen Änderungen mit Kundmachung in Kraft. Die Paragraphen 5 und 14 treten mit 1. Juli 1996 in Kraft.“

Staribacher

### **817. Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Umrechnung der im VAG in ECU ausgedrückten Geldbeträge in Schilling für das Jahr 1996 festgesetzt wird**

Auf Grund des § 118f zweiter Satz des Versicherungsaufsichtsgesetzes, BGBl. Nr. 569/1978, in der Fassung der 2. VAG-Novelle 1994, BGBl. Nr. 23/1995, wird verordnet:

§ 1. Der Gegenwert der im VAG in ECU ausgedrückten Geldbeträge in Schilling wird für das Jahr 1996 mit folgendem Umrechnungskurs festgesetzt: 1 ECU = 12,91 S.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 1996 in Kraft.

Staribacher

### **818. Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Verordnung betreffend die Übertragung der durch Sicherheitsorgane zu versiehenden Grenzkontrolle auf Zollorgane geändert wird**

Auf Grund des § 2 Abs. 1 und des § 5 des Bundesgesetzes betreffend die Übertragung der durch Sicherheitsorgane zu versiehenden Grenzüberwachung und Grenzkontrolle auf Zollorgane, BGBl. Nr. 220/1967, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 76/1980, wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen verordnet:

Die Verordnung des Bundesministers für Inneres betreffend die Übertragung der durch Sicherheitsorgane zu versiehenden Grenzkontrolle auf Zollorgane, BGBl. Nr. 447/1981, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 657/1995, wird wie folgt geändert:

1. § 2 Z 2 lit. a lautet:

„a) den Flugplätzen Innsbruck, Linz-Hörsching, Schärding-Suben, Freistadt, Reutte-Höfen, und Lustenau-Rheinvorland, und“

2. § 2 Z 4 lautet:

„4. im Straßenverkehr,

1. im Personenreiseverkehr bei der Ein- und Ausreise über Eberau und Wurzenpaß,
2. im Personenreiseverkehr bei der Einreise
  - a) über Nickelsdorf auf der 1., 2. und 3. Spur,
  - b) über Berg und Heiligenkreuz jeweils auf der 1. und 2. Spur,
  - c) über Langeegg, Kleinhaugsdorf, Gmünd jeweils auf der 1. Spur,
3. bei der Einreise über Lavamünd, Schrattenberg, Fratres, Oberthürnaun, Rattersdorf, Grametten, Seebergsattel, Loibltunnel und Karawankentunnel“

3. § 3 lautet:

„§ 3. Diese Verordnung tritt mit 1. November 1981 in Kraft, § 2 Z 2 in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 353/1993 mit 1. Juni 1993, § 2 Z 1 in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 657/1995 mit 1. Oktober 1995 und § 2 Z 2 lit. a und Z 4 in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 818/1995 mit 1. Jänner 1996.“

**Einem**

### **819. Kundmachung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Aufhebung diverser Bestimmungen von Verordnungen über den Importausgleich für bestimmte Erzeugnisse der Geflügelwirtschaft durch den Verfassungsgerichtshof**

Gemäß Art. 139 Abs. 5 B-VG und § 60 Abs. 2 des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953 wird kundgemacht:

Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 2. Oktober 1995, V 263-275/94-18, V 111-123/95-9, V 308-351/94-15, V 126-148/95-7, dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft zugestellt am 20. November 1995, folgende Bestimmungen von Verordnungen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über Importausgleichssätze und Schwellenpreise für bestimmte Erzeugnisse der Geflügelwirtschaft, jeweils kundgemacht im Amtsblatt zur Wiener Zeitung (ABl.), als gesetzwidrig aufgehoben:

- a) des § 1 ZTNr. 0207 22 A, ZTNr. 0207 22 B, ZTNr. 0207 22 C, ZTNr. 0207 42 A1, ZTNr. 0207 42 A2, ZTNr. 0207 42 B1, ZTNr. 0207 42 B2, ZTNr. 0207 42 B3a, ZTNr. 0207 42 B3b und ZTNr. 0207 42 B4 der Verordnung vom 21. Jänner 1988, ABl. Nr. 23 vom 29. Jänner 1988,
- b) des § 1 ZTNr. 0207 22 A, ZTNr. 0207 22 B, ZTNr. 0207 22 C, ZTNr. 0207 42 A1, ZTNr. 0207 42 A2, ZTNr. 0207 42 B1, ZTNr. 0207 42 B2, ZTNr. 0207 42 B3a, ZTNr. 0207 42 B3b und ZTNr. 0207 42 B4 der Verordnung vom 25. April 1988, ABl. Nr. 101 vom 30. April 1988 (in der Fassung der Verordnung vom 6. Juni 1988, ABl. Nr. 134 vom 11. Juni 1988),
- c) des § 1 ZTNr. 0207 22 A, ZTNr. 0207 22 B, ZTNr. 0207 22 C, ZTNr. 0207 42 A1, ZTNr. 0207 42 B1, ZTNr. 0207 42 B2, ZTNr. 0207 42 B3a, ZTNr. 0207 42 B3b und ZTNr. 0207 42 B4 der Verordnung vom 12. Juli 1988, ABl. Nr. 177 vom 31. Juli 1988,
- d) des § 1 ZTNr. 0207 22 A, ZTNr. 0207 22 B, ZTNr. 0207 22 C, ZTNr. 0207 42 A1, ZTNr. 0207 42 B1, ZTNr. 0207 42 B2, ZTNr. 0207 42 B3a, ZTNr. 0207 42 B3b und ZTNr. 0207 42 B4 der Verordnung vom 25. Oktober 1988, ABl. Nr. 252 vom 29. Oktober 1988,
- e) des § 1 ZTNr. 0207 22 A, ZTNr. 0207 22 B, ZTNr. 0207 22 C, ZTNr. 0207 42 A1, ZTNr. 0207 42 A2, ZTNr. 0207 42 B1, ZTNr. 0207 42 B2, ZTNr. 0207 42 B3a, ZTNr. 0207 42 B3b und ZTNr. 0207 42 B4 der Verordnung vom 20. Jänner 1989, ABl. Nr. 24 vom 29. Jänner 1989,

- f) des § 1 ZTNr. 0207 22 A, ZTNr. 0207 22 B, ZTNr. 0207 22 C, ZTNr. 0207 42 A1, ZTNr. 0207 42 A2, ZTNr. 0207 42 B1, ZTNr. 0207 42 B2, ZTNr. 0207 42 B3a, ZTNr. 0207 42 B3b und ZTNr. 0207 42 B4 der Verordnung vom 18. April 1989, ABl. Nr. 101 vom 30. April 1989,
- g) des § 1 ZTNr. 0207 22 A, ZTNr. 0207 22 B, ZTNr. 0207 22 C, ZTNr. 0207 42 A1, ZTNr. 0207 42 A2, ZTNr. 0207 42 B1, ZTNr. 0207 42 B2, ZTNr. 0207 42 B3a, ZTNr. 0207 42 B3b und ZTNr. 0207 42 B4 der Verordnung vom 21. Juli 1989, ABl. Nr. 175 vom 30. Juli 1989,
- h) des § 1 ZTNr. 0207 22 A, ZTNr. 0207 22 B, ZTNr. 0207 22 C, ZTNr. 0207 42 A1, ZTNr. 0207 42 A2, ZTNr. 0207 42 B1, ZTNr. 0207 42 B2, ZTNr. 0207 42 B3a, ZTNr. 0207 42 B3b und ZTNr. 0207 42 B4 der Verordnung vom 19. Oktober 1989, ABl. Nr. 252 vom 31. Oktober 1989,
- i) des § 1 ZTNr. 0207 22 A, ZTNr. 0207 22 B, ZTNr. 0207 22 C, ZTNr. 0207 42 A1, ZTNr. 0207 42 A2, ZTNr. 0207 42 B1, ZTNr. 0207 42 B2, ZTNr. 0207 42 B3a, ZTNr. 0207 42 B3b und ZTNr. 0207 42 B4 der Verordnung vom 22. Jänner 1990, Zl. 39.001/02-III/B/7c/90, ABl. Nr. 23 vom 30. Jänner 1990,
- j) des § 1 ZTNr. 0207 22 A, ZTNr. 0207 22 B, ZTNr. 0207 22 C, ZTNr. 0207 42 A1, ZTNr. 0207 42 A2, ZTNr. 0207 42 B1, ZTNr. 0207 42 B2, ZTNr. 0207 42 B3a, ZTNr. 0207 42 B3b und ZTNr. 0207 42 B4 der Verordnung vom 24. April 1990, ABl. Nr. 99 vom 29. April 1990,
- k) des § 1 ZTNr. 0207 22 A, ZTNr. 0207 22 B, ZTNr. 0207 22 C, ZTNr. 0207 42 A1, ZTNr. 0207 42 A2, ZTNr. 0207 42 B1, ZTNr. 0207 42 B2, ZTNr. 0207 42 B3a, ZTNr. 0207 42 B3b und ZTNr. 0207 42 B4 der Verordnung vom 19. Juli 1990, ABl. Nr. 174 vom 31. Juli 1990,
- l) des § 1 ZTNr. 0207 22 A, ZTNr. 0207 22 B, ZTNr. 0207 22 C, ZTNr. 0207 42 A1, ZTNr. 0207 42 A2, ZTNr. 0207 42 B1, ZTNr. 0207 42 B2, ZTNr. 0207 42 B3a, ZTNr. 0207 42 B3b und ZTNr. 0207 42 B4 der Verordnung vom 29. Oktober 1990, ABl. Nr. 252 vom 31. Oktober 1990,
- m) des § 1 ZTNr. 0207 42 B der Verordnung vom 23. Oktober 1991, Zl. 39.001/04-III/B/7c/91, ABl. Nr. 252 vom 30. Oktober 1991,
- n) des § 1 ZTNr. 0207 10, ZTNr. 0207 21 B, ZTNr. 0207 39 B, ZTNr. 0207 42 B und ZTNr. 0207 50 A der Verordnung vom 27. April 1992, Zl. 39.001/02-III/B/7c/92, ABl. Nr. 102 vom 1. Mai 1992,
- o) des § 1 ZTNr. 0207 10 und ZTNr. 0207 39 der Verordnung vom 20. Oktober 1992, Zl. 39.001/04-III/B/7c/92, ABl. Nr. 252 vom 30. Oktober 1992,
- p) des § 1 ZTNr. 0207 42 der Verordnung vom 20. Oktober 1993, Zl. 63.601/09-VI/A/3b/93, ABl. Nr. 253 vom 31. Oktober 1993,
- q) des § 1 ZTNr. 0207 42 der Verordnung vom 19. Jänner 1994, Zl. 63.601/01-VI/A/3b/94, ABl. Nr. 23 vom 30. Jänner 1994,
- r) des § 1 ZTNr. 0207 42 A1 und ZTNr. 0207 42 A2 der Verordnung vom 20. April 1994, Zl. 63.601/02-VI/A/3b/94, ABl. Nr. 99 vom 30. April 1994 und
- s) des § 1 ZTNr. 0207 42 A1 und ZTNr. 0207 42 A2 der Verordnung vom 12. Juli 1994, Zl. 63.601/03-VI/A/3b/94, ABl. Nr. 175 vom 31. Juli 1994.

**Molterer**